

Trendanalyse 02:
Der lange Abstieg Europas

Europa nach 1945 - wie es wurde, was es ist

Vision und Realität

Alle Rechte bei

Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de

Frankfurt am Main, November 2006

Gliederung

Die Europäische Union - Vision und Realität

I. Die übergreifende globale Trendentwicklung

- (1) Die Änderung der politischen Strukturen:
- (2) Die Änderung der wirtschaftlichen Strukturen
- (3) Fluchtpunkt für politische Strukturen im globalen Trend

II. Die europäische Entwicklung - eingebettet in die Globalisierung

- (1) Phase 1: 1957 – 1989 Die verborgene Agenda
- (2) Phase 2: 1989 – 2004 Die offene Agenda

III. Entmachtung und Entmündigung Europas

- (1) Die schleichende Entmachtung der europäischen Nationalstaaten
- (2) Die Entmündigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger

Das Projekt Europa bestimmt maßgeblich das politische Schicksal des europäischen Bürgertums. Das Non der Franzosen im vergangenen Jahres hat ein Fenster für eine neue Richtungsbestimmung aufgestoßen.

Das Non stellt aber erst einmal nur eine Ablehnung des bisherigen Weges dar. Es lässt noch nicht erkennen, wohin sich das Projekt entwickeln soll.

Voraussetzung für die Bestimmung dieser Richtung ist eine Analyse des bisherigen Weges. Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, können wir erkennen, wohin wir wollen.

Im Teil I des Gesamtpapiers wird deshalb versucht, das Muster der Entwicklung Europas in der Nachkriegszeit zu finden.

I. Die übergreifende globale Trendentwicklung

Primär ist Globalisierung eine gesteuerte ökonomische Entwicklung, die die wirtschaftlichen Strukturen umwälzt.

Sekundär erfasst diese ökonomische Umwälzung die politischen Strukturen. Die Globalisierungskräfte binden die Staaten, auch den Staat USA, in ein immer engmaschiger werdendes Netz transnationaler Abhängigkeiten und Verhandlungsbeziehungen ein.

1. Die Änderung der politischen Strukturen:

Die globale ökonomische Entwicklung zieht einen politischen Doppelleffekt nach sich:

Erster Effekt:

Machttransfer von den Nationalstaaten an Supranationale Organisationen

In den letzten 30 Jahren hat sich eine neue Weltmachtstruktur herausgebildet. Die Finanzakteure haben eine Dynamik entfaltet, die ihnen einen beispiellosen Machtzuwachs bescherte.

Zunächst schufen sie eine neue globale Finanzarchitektur, an deren Spitze die dynamischsten Akteure, die Investment Banken, stehen.

Sodann resultierte aus ihren Aktivitäten ein neues Weltmachtssystem, „Global Governance“, an dessen Spitze nicht mehr die USA, sondern die Finanzwelt positioniert ist (beachte: Governance ist nicht gleich Government).

(Eine eingehende Analyse von Global Governance findet sich in der Trendanalyse 01: „Investment Banken – der lange Aufstieg zur Weltmacht“; auf MacroAnalyst.de)

Die Nationalstaaten haben ihrerseits fortlaufend Kompetenzen an supranationale Organisationen abgetreten, z. B. an IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation. Deren demokratische Legitimation ist im Wesentlichen schon eine indirekte, nämlich nur zum Teil aus der Legitimation der Nationalstaaten abgeleitet.

Diese selbst nimmt aber darüber hinaus tendenziell ab – parallel zum Verlust der Machtposition nationaler Parlamente und umgekehrt proportional zu den Positionsgewinnen der Finanzwelt.

Zweiter Effekt:

Direkter Abbau des Nationalstaates

Der Nationalstaat selbst wird aber ohnehin direkt abgebaut.

Die neuen globalen Kräfte zielen auf die Entmächtigung der Staaten, um ihre eigene Position weiter zu stärken.

Diese Entmächtigung vollzieht sich auf zwei Wegen:

Einerseits geben die Supranationalen Kräfte als eine Hauptstoßrichtung den direkten Abbau der Staatsquote vor.

Andererseits ist „Deregulierung“ zu einem gewichtigen Hebel für den Abbau des staatlichen Einflusses geworden.

(Es geht an dieser Stelle nicht darum, diese beiden Entwicklungen zu beklagen, sondern sie zu registrieren. Wucherungen vom Staat in die Gesellschaft hinein können ein solch kontraproduktives Maß annehmen, dass ein Rückschnitt durchaus Kräfte freisetzen kann. Aber wo liegen die Grenzen dafür? Wir kommen darauf zurück).

Zugespitzt geht der Trend in die folgende Richtung:

Die *Vorformulierung* wesentlicher Politiklinien mit globaler Bedeutung geschieht auf supranationaler Ebene (z. B. Übergang des Rentensystems vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren, Flutung der Arbeitsmärkte, Abbau nationaler Identitätsbildung).

Die *Umsetzung* im einzelnen und Angelegenheiten von lediglich nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung verbleiben in der Kompetenz nationaler Parlamente.

2. Die Änderung der wirtschaftlichen Strukturen

Der Aufstieg der Finanzwelt zieht einen wirtschaftlichen Doppelleffekt nach sich:

Erster Effekt:

Die Finanzwelt arbeitet zulasten der operativen Wirtschaft

Dieser Effekt ist bereits deutlich in dem Land zu registrieren, in dem die Finanzwelt ihren Aufstieg begonnen hat, in dem sie am weitesten fortentwickelt ist und wo ihre mächtigsten Spitzen ihren Sitz haben – in den USA. Der Finanzsektor ist mitverantwortlich für den Niedergang der operativen Wirtschaft der USA. Ihr Vordringen und ihre Politik gingen fühlbar zulasten der dort zu findenden Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung. Die Erosion zeigte sich zuerst in den operativen Einheiten, vor allem in den Unternehmen im Industriesektor. Diese haben bereits vor Jahrzehnten begonnen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

(Eine eingehende Analyse dieser These findet sich im Papier „USA versus EU“; auf www.MacroAnalyst.de; MacroAnalyst vermutet eine hohe Analogie hierzu im Beispiel GB; das wäre noch empirisch zu belegen).

Zweiter Effekt:

Die Finanzwelt arbeitet zulasten der Bürger in aller Welt

Die Finanzwelt arbeitet seit langem zulasten der Bürger in den sich entwickelnden Ländern. Sie geht nun immer stärker dazu über, die Bürger der hoch entwickelten Industrieländer ebenfalls abzuschöpfen.

Dies vollzieht sich direkt über die Umverteilung von Vermögensbeständen (Beispiel New Economy).

Dies vollzieht sich indirekt über die Aushöhlung des wichtigsten Verteidigungsinstrumentes der Bürger, die Entmächtigung des Nationalstaates. Dessen Abbau und die schleichende Einengung seiner demokratischen Aktionsspielräume nehmen dem Bürger das Instrument, mit dem er in den letzten beiden Jahrhunderten seine Interessen wahrnehmen konnte.

Weder der Abbau der operativen Wirtschaft, noch gar die direkte Verletzung der Bürgerinteressen können frei gewähltes Ziel sein. Es müssen andere Interessen im Spiel sein.

Der Versuch, Weltmachtstrukturen zu analysieren, wird immer mit dem Vorwurf einer „Verschwörungstheorie“ zu kontern versucht. Dies hat sich zu einem geradezu reflexartigen Stereotyp herausgebildet. Sein einziger Zweck ist, eben diese Analyse abzuwehren. Was aber soll verkehrt sein an der Fragestellung, wer auf globaler Ebene die Fäden in der Hand hält? Jede Dorfgemeinschaft unterhält sich mit Eifer über das Thema, wer im Dorf etwas zu sagen hat.

Die einzig legitime Frage zu Weltmachtmodellen ist, ob die zugrunde liegende Analyse richtig oder falsch ist.

3. Fluchtpunkt für politische Strukturen im globalen Trend: Gesellschaft mit minimalem Staat oder ganz ohne Staat?

Man muss Trend-Bewegungen nicht zu Ende denken. Es gibt jedoch Wissenschaftler, die dies tun. David Friedman, Sohn des Ökonomie-Nobelpreisträgers Milton Friedman, sieht den Fluchtpunkt der laufenden Bewegung zum Abbau des Staates so:

Die Ausdehnung individueller Freiheit laufe auf die Konsequenz hinaus, dass das Gewaltmonopol des Staates und der Regierung abgeschafft werde. Stattdessen würde auf eine Ordnung gesetzt, die auf freiwilliger Interaktion freier Individuen nach dem Tauschparadigma des Markts fuße, gestützt von den Institutionen des Privateigentums.

Friedman zeigt in seinem 1973 verfassten und jetzt erneut aufgelegten Werk "The Machinery of Freedom", den Nutzen einer Gesellschaft ohne hoheitliches Diktat

anhand einer Fülle von Beispielen, von privatisierten Schulen bis hin zu der *Konkurrenz privater Währungen*.

„Es ist durchaus kein Wahnsinn. Und es hat Methode“, Karen Horn, FAZ v. 29. September 2003.

In der Tat ist das Methodische in der Verfolgung der Frage zu sehen, wo eigentlich der Fluchtpunkt für das Ziel des Abbaus des Staates zu sehen ist. Wo liegt das Optimum? Oder gibt es dafür keine Grenzen? Sind wir in Europa vielleicht schon inmitten dieses Prozesses? Von den Befürwortern dieses Zieles wird dazu im allgemeinen wenig vorgetragen.

II. Die europäische Entwicklung – eingebettet in den globalen Trend

1945 liegt Europa am Boden. Die wirtschaftliche Infrastruktur ist zerstört. Der Kontinent ist politisch gespalten. Die europäischen Nationen haben ihr politisches Gewicht weitgehend eingebüßt.

Der Globalisierungstrend ist zu dieser Zeit noch nicht recht erkennbar. Schon gar nicht auf dem Boden des gerade untergegangenen Deutschen Reiches, denn dort konzentriert man sich auf das Naheliegende, den Wiederaufbau.

Die USA, als herausragender Gewinner des II. Weltkriegs und als bedeutendster Akteur des künftigen Trends sind entschlossen, diese weltpolitische Konstellation zu nutzen. Sie befinden sich in der bestmöglichen Ausgangsposition.

Die ureigensten amerikanischen politischen wie ökonomischen Interessen legen nahe, die ehemals mächtigen europäischen Nationen nicht wieder als politische Kräfte erstarken zu lassen. Architekten der US Außenpolitik finden die raffinierte Lösung, die zugleich den Weg einer künftigen Globalisierung ebnen wird: Die US-gesteuerte Vereinigung des europäischen Kontinents.

Sofort im August 1945 wurden in der Foreign Economic Administration (FEA) erste Schritte für eine Neuformierung Europas erarbeitet.

Demzufolge sollte als erstes das Rhein-Ruhr-Gebiet unter eine internationale Verwaltung gestellt werden, unter ein „international regime“ - ohne zeitliche Begrenzung. Erhellend an diesem Vorgang ist die Zielrichtung, die eine US-amerikanische Quelle dem Regime vorschrieb:

“It would work into a general restructuring of the European political system as a result of which national states as units would come to have drastically altered significance”

(zitiert nach Frank R. Pfetsch, Die Europäische Union, 3. Auflage, München, 2005, S. 27).

Zwei Interessenstränge treiben die US-gesteuerte Vereinigung Europas:

Politisch ist eine Vereinigungsbewegung deshalb wünschenswert, weil sich auf diese Weise ein stabiles Gegengewicht gegen den Kommunismus etablieren lässt.

Die von George Kennan, dem Chef eines US-amerikanischen außenpolitischen Planungsausschusses, entwickelte Strategie des Containment (= Eindämmung des vordringenden Kommunismus) kommt den Sicherheitsbedürfnissen der europäischen Kernstaaten entgegen. Die Entstehung des Kalten Krieges gibt dieser Sichtweise auf beiden Seiten des Atlantiks starken Auftrieb. Aus der Sicht der USA heraus ist in dieser Phase Europa als politisches Konkurrenzprojekt ohnehin nicht zu befürchten. (Zbigniew Brzezinski wird Europa später sogar als „Militärprotektorat der USA“ bezeichnen).

Ökonomisch wünschenswert ist die US-Variante der europäischen Vereinigung vor allem deshalb, weil die Ablösung des Nationalstaates durch den Markt ohnehin ein langfristiges Grundziel ist. Hinzu tritt, dass sich auf diese Weise ein vereinheitlichter Absatzmarkt für die großen US Konzerne etablieren lässt. Auch die europäische Wirtschaft braucht zu dieser Zeit als Wettbewerber nicht ernst genommen zu werden.

Die nun ablaufende europäische Entwicklung lässt sich nach unterschiedlichen Kriterien ordnen. Aus europäischer Sicht, ist das folgende Kriterium in den Vordergrund zu rücken:

Der Unterschied zwischen Wahrnehmung und tatsächlichem Geschehen.

Es ist ja nicht etwa so, dass die eigentliche Steuerung des Geschehens von Anfang an erkannt worden sei. Dafür hat es Jahrzehnte bedurft. Die Vereinigung Europas wird in der politischen Literatur häufig chronologisch als Kette europäischer Ereignisse abgehandelt. Dadurch drängt sich leicht der Trugschluss auf, die Europäer hätten diesen Prozess selbst gesteuert. Wenn Arnulf Baring 1969 für den Beginn der Bundesrepublik die griffige Formel „Im Anfang war Adenauer“ prägte, und dies später dahingehend korrigiert wurde: „Im Anfang waren die Amerikaner“, so können wir in Europa eine entsprechende Parallele erkennen.

Nirgendwo ist der Unterschied zwischen Wahrnehmung und realem Geschehen für das politische Denken folgenreicher gewesen als gerade in Deutschland. Die schwer beschädigte Nation ließ sich besonders leicht von außen führen.

Stellt man also auf dieses Kriterium ab, dann lassen sich zwei Phasen unterscheiden.

Phase 1: 1957 – 1989

Europäische Visionen überstrahlen die tatsächliche Agenda

Die Raffinesse der sich nun anbahnenden Lösung zeigt sich in der vorgesehenen Arbeitsteilung:

Die Europäer sind zuständig für die Formulierung der Visionen;
die US Außenpolitik organisiert den tatsächlichen Ablauf.

Die Visionen der Europäer:

Mit Aplomb dürfen die Europäer ihre Vorstellungen einer neuen Ordnung formulieren, die den alten und ewigen europäischen Zwist überwinden soll. Feierliche Inszenierungen, wie die Unterzeichnung der Römischen Verträge, ungezählte Grundsatzreden der politischen Elite, eine Flut von Büchern, der Schulunterricht dienen der Etablierung des neuen Leitbildes.

Überzeugte Europäer können sich frei entfalten, ihre Vorstellungen werden als durchaus nützlich für die Herausbildung eines geschlossenen Blocks im Rahmen des Containment bewertet.

Instrumentalisierte Europäer formulieren weitgesteckte Europaziele taktisch, um nämlich die in eine ganz andere Richtung gehenden Weichenstellungen zu überdecken – und damit leichter durchsetzbar zu machen.

Winston Churchill z. B. äußert in seiner berühmten Rede in Zürich am 19. Sept. 1946: Es gelte „die europäische Familie in einer regionalen Struktur neu zu schaffen, die vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa heißen wird“.

(zitiert nach Gasteyger, Curt : Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 – 1993; Bonn 1994)

Konrad Adenauer hatte ebenfalls bereits von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen.

Föderalistische Gruppierungen in Westeuropa einigten sich im September 1946 auf das Hertensteiner Programm, das eine europäische Gemeinschaft auf föderativer Grundlage forderte. Ab Dezember 1946 gab es einen Dachverband der Föderalisten, die „Union Europeenne des Federalistes“ (UEF).

Zwischen 1948 und 1949 erfolgte der Zusammenschluss dieser Europa-Organisationen zur Europäischen Bewegung (European Movement), die ursprünglich die Vereinigten Staaten von Europa wollte.

Wie die Gemeinschaft im einzelnen aussehen soll, darüber gibt es in den europäischen Nationen natürlich eine Bandbreite von Vorstellungen. Gerade jedoch in Deutschland, mit seiner schwer beschädigten nationalen Identität, wird durchaus an einen Bundesstaat, an die Vereinigten Staaten von Europa, gedacht.

Carlo Schmid hat im Zusammenhang mit der Schaffung des Europarates die

Vertreter dieser Richtung als „Konstitutionalisten“ bezeichnet; diese wollten

- eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa, die von einer

Konstituierenden Versammlung beraten und beschlossen werden sollte;

- Volksabstimmungen in den einzelnen Staaten plus Ratifizierung durch ein

Gesamtplebiszit der „Nation Europa“ (Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München, 1979).

Der tatsächliche Ablauf :

Funktionalisten bringen die US-Position ein.

Derzufolge ist die Voraussetzung für eine europäische Verfassung nicht gegeben. Zuerst müsse man die materiellen und politischen Voraussetzungen schaffen. Erst ein Wirtschaftseuropa gebe das Fundament für einen europäischen Verfassungsstaat ab (Schmid s. 467 – 468).

Große Europäer, wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, die es ernst meinen mit Europa, lässt man gewähren. Mitten im kalten Krieg sind die eigentlichen Akteure durchaus bereit, die ein oder andere Abweichung von der Grundlinie zu tolerieren. Der Leine darf Länge gegeben werden, solange sie in den richtigen Händen bleibt.

Sogar das Ziel der Herausbildung einer *politisch handlungsfähigen* europäischen Staatengemeinschaft wird in dieser Phase zugelassen – als Fernziel.

Wie die Gemeinschaft im einzelnen aussehen soll, darüber gibt es unter den Europäern natürlich eine Bandbreite von Vorstellungen. Gerade jedoch in Deutschland, mit seiner schwer beschädigten nationalen Identität, wird durchaus an einen Bundesstaat, an die Vereinigten Staaten von Europa, gedacht. Diese werden allerdings keineswegs als Konkurrenzprojekt zu den Vereinigten Staaten von Amerika begriffen. Die Deutschen hatten andere Sorgen.

In dieser Phase der Vereinigung bildet sich allmählich eine „Europäische Union“ heraus.

1957 schaffen im ersten Schritt sechs Gründungsstaaten den Kern in Form der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“; (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg).

Von 1973 bis 1986 treten sechs weitere Staaten bei (Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich, Griechenland, Spanien und Portugal).

Die *Wirtschaftsgemeinschaft* besteht nun aus 12 Mitgliedern.

Die Basis dieser Vereinigungsbewegung ist die Ökonomie. Es wird ein großer Binnenmarkt mit freiem Waren- und Kapitalverkehr geschaffen. Diese Wirtschaftsgemeinschaft ist von einem Bundesstaat noch weit entfernt. Es handelt sich scheinbar um einen homogenen Block von Ländern, der, nach der Wahrnehmung der Europäer, den Kern eines weltpolitisch handlungsfähigen Europas bilden könnte.

Die ‚hidden agenda‘ für das tatsächliche Geschehen wird nicht gesehen.

Phase 2: 1989 – 2004

Die eigentliche Agenda wird sichtbar

1989, der Fall des Eisernen Vorhangs, die dramatischen Wende in der Weltpolitik wird in den folgenden Jahren eine ebenso dramatische *Wende in der Wahrnehmung* der Entwicklung Europas nach sich ziehen.

Die US Außenpolitik sieht die Gelegenheit gekommen, die eigentliche Agenda des seit 1945 verfolgten Stabilisierungsprojekts „Europäische Vereinigung“ nunmehr offener und entschiedener voranzutreiben. Die ein oder andere Rücksichtnahme auf Befindlichkeiten der europäischen Verbündeten ist jetzt nicht mehr zeitgemäß.

Die Demontage des bisherigen Leitbilds kann nun in Kauf genommen werden, weil es möglich erscheint, die daraus eventuell erwachsenden politischen Erschütterungen unter Kontrolle zu halten.

Die Europäer sollen lernen, dass die insbesondere ab 1973 entstehende neue Finanzarchitektur und das daraus erwachsende System von Global Governance durch Konkurrenzprojekte nicht gefährdet werden darf.

Die bisher eher im Hintergrund vertretene, aber eindeutige Grundposition der amerikanischen Außenpolitik zur Vereinigung Europas kann nun offen verfolgt werden.

Die Grundposition von Global Governance zur Vereinigung Europas:

Ja zur schleichenden Auflösung der europäischen Nationalstaaten und zu ihrer Einfügung in einen großen Markt für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeit.

Nein zu jeglicher Neuformierung von demokratischer staatlicher Macht auf einer höheren, europäischen Ebene.

Diese Position wird nun über die US Außenpolitik in die Weltpolitik und offen in die europäische Politik getragen. Mit Unterstützung durch gleichgerichtete europäische Interessenvertreter werden die Weichen vollends in Richtung einer Wirtschaftsgemeinschaft ohne demokratischen staatlichen Überbau gestellt. Diese kann zugleich die Funktion einer außenpolitischen Sicherheitsgemeinschaft im strategischen Vorfeld der USA ausüben.

Still und leise wurde die Vision abgebaut

„Viel zu lange hat man Europa als Idee und Wirklichkeit für einen Selbstläufer gehalten – und .. die Tatsache übersehen, dass Europa recht eigentlich ein Kind des Kalten Krieges gewesen war“.

„Die Institutionen Europas wurden im Takt der Krisen des Kalten Krieges geschaffen. Solange es um die ökonomische Integration ging, waren allenthalben Kompromisse möglich. Sobald aber existentielle Fragen ins Spiel kamen, konnte es um die Langmut schnell geschehen sein“.

„Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde still und leise jenes unsichtbare Gerüst abgebaut, das dem Gebäude der europäischen Einigung jahrzehntelang Halt gegeben hatte“.

„Und im Rückblick soll es scheinen, als sei Europa stets ein Projekt der Abgrenzung von Amerika gewesen. Dabei wird ignoriert, wer Pate des Unternehmens gewesen war. Wer dazu neigt, das Projekt Europa für einen Selbstläufer des europäischen Geistes zu halten, sollte sich in Erinnerung rufen, wie viel Europa an wesentlichen Weggabelungen Amerika zu verdanken hat“.

Dan Diner, Professor für Neuere Geschichte, Hebrew University, Jerusalem:

Der Artikel erschien mit folgender Überschrift unmittelbar nach der Volksbefragung in Frankreich:
„Die EU darf kein volkseigener Betrieb sein“ (FAZ vom 19. Juni 2005)

Ein europäischer Integrationskurs hin zu einem Bundesstaat wird selbst als Vision nicht mehr benötigt. Mit der in Zeiten des kalten Krieges gebotenen Langmut ist es vorbei. Dem Esel braucht keine Möhre mehr vorgehalten zu werden.

Die Durchsetzung der Globalisierung geschieht nicht geräusch- und kampfflos.

Es gibt durchaus in Europa noch Akteure, die sich für die Umsetzung der Vision eines handlungsfähigen und demokratischen europäischen Staatenverbundes einsetzen.

Andererseits versuchen die Globalisierungsakteure, immer im Verbund mit europäischen Gleichgesinnten, dieses Konkurrenzprojekt unter allen Umständen zu verhindern. Ihr Gegenprojekt ist eine Art europäischer Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft (fälschlicherweise auch „gehobene Freihandelszone“ genannt, z. B. Jean-Claude Juncker, Ministerpräsident von Luxemburg).

Vier mächtige Hebel werden zur nahtlosen Einbettung Europas in die Globalisierung angesetzt:

Hebel 1: Versuch der Verhinderung der geplanten europäischen Währung

Das ambitionierte wirtschaftliche Projekt der 90er Jahre ist die Einführung einer neuen einheitlichen Währung, des Euro. Die Wirtschafts- soll durch eine Währungsunion erweitert werden.

In einer grundlegenden Diskussion setzt sich in der Union die Grundsteintheorie (gegen die Krönungstheorie) durch. Sie postuliert, dass die Einführung einer Gemeinschaftswährung möglichst früh im Integrationsprozess erfolgen sollte. Sie führe dann nämlich zu einer Stärkung der politischen Integration. Der Euro wird demzufolge überwiegend noch als Zwischenschritt zu einem handlungsfähigen Staatengebilde auf europäischer Ebene wahrgenommen.

Für die Globalisierer gilt es nun, die Einfügung eines strategisch so wichtigen Bausteins zu verhindern.

Als Ansatzpunkt bietet sich Großbritannien an.

Die Stellung der US Finanzwelt am Finanzplatz London – und damit der Einfluss auf die britische Außenpolitik - ist schon lange so stark, dass die Chance genutzt werden kann, dieses Land aus einer verdichteten EU-Lösung herauszunehmen.

Insulare Grundhaltung?

Geläufig ist uns die insulare Grundhaltung der Briten, die liebevoll von den Medien gepflegt wird. Als eines der edelsten Kleinodien britischen Zitatenschatzes wird gerne der Ausspruch des Chefunterhändlers bei einer vorbereitenden Gründungsversammlung der EWG in Messina 1955, Russell Bretherton, gedruckt:

„Gentlemen, Sie wollen etwas aushandeln, was Sie niemals aushandeln können. Aber falls Sie es ausgehandelt haben, wird es niemals ratifiziert werden. Und falls es ratifiziert wird, wird es niemals funktionieren“.

Dass das Denken von Inselbewohnern stark von ihrer Lage beeinflusst wird, ist unbestritten. Dass aber vielmehr die Achsenbildung über die Finanzmärkte, unterstützt von begleitenden Medien (Murdoch), eine ausschlaggebende Rolle für die politische Willensbildung spielt, wird von diesen Anekdoten leicht überdeckt. Das ist auch ihre Funktion, denn: Macht verbirgt sich.

George Soros, einer der starken Figuren der Finanzwelt, hebelt 1992 eine solch hohe Abwertung des Pfundes Sterling ein, dass die Zentralbank von England gezwungen wird, das Pfund aus dem Europäischen Wechselkursverbund (Vorläufer des EWS) zu nehmen.

Die politische Dimension dieser Finanzspekulation ist in einem frühen Kampf gegen die Formierung einer europäischen Währung zu sehen. Als Soros gelang, das Pfund aus dem Europäischen Wechselkursverbund zu vertreiben, legte er den Grundstein für das spätere Herausbleiben Großbritanniens aus dem EURO.

Großbritannien wird in der Folge in die Rolle gedrängt, in der EU zu bleiben und von innen heraus Daueropposition zu treiben.

Bis zuletzt betreibt die US Finanzwelt über die US Außenpolitik eine verbissene Opposition gegen die Einführung des EURO.

Sie verliert jedoch diese Schlacht – der Euro wird 1999 etabliert. Eine europäische Währungsunion ist Wirklichkeit geworden.

Sie erringt jedoch einen Teilerfolg, indem drei Staaten der mittlerweile 15 EU-Mitglieder den Währungsbeitritt verweigern (Großbritannien, Schweden, Dänemark).

Damit ist die Vision bereits angeschlagen. Zwar können die zwölf Euro-Mitglieder als ein homogener Kern angesehen werden, aber es fehlen das geografische Schwergewicht GB und Teile der Nordflanke.

Dies ist aber nur eine erste Runde im Kampf um den Euro. Die Konkurrenz zum Dollar soll Dauerthema werden.

Hebel 2 : Die Strategische Überdehnung

1989, mit der dramatischen Wende in der Weltpolitik sehen die USA aber eine wirkungsvollere Möglichkeit, das Projekt „Bildung eines politisch handlungsfähigen Staatenblocks in Europa“ endgültig leck zu schlagen.

Unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, werden die Weichen für die größte Erweiterung in der Geschichte der Union gestellt. Der Zusammenbruch des Kommunismus bietet den Staaten die unerwartete Option, die Teilung Europas zu überwinden. Die EU wird dazu gedrängt und entscheidet sich entsprechend dafür, den Ländern in Mittel- und Osteuropa die Perspektive eines Beitritts anzubieten.

Die Zielsetzung des europäischen Vereinigungsprojektes ändert sich nunmehr ganz offen. Worum es jetzt nur noch geht, ist der Begründung zu entnehmen, die das Auswärtige Amt für die Erweiterung ins Feld geführt hat. Aus der Vision der Gründungsväter wird nun:

“Die Erweiterung der EU erfüllt die Hoffnung auf eine Übertragung des Erfolgsmodells EU auf die mittel- und osteuropäischen Länder. Die EU wächst mit den zehn neuen Mitgliedstaaten um ca. 75 Millionen Menschen zu einem Wirtschaftsraum mit rund 450 Millionen Einwohnern und wird so zum *weltweit größten einheitlichen Markt*“ (Auswärtiges Amt).

2004 ist die größte Erweiterung in der Geschichte der Union abgeschlossen. Zehn neue Mitgliedstaaten treten der EU bei (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern). Die Union ist von 15 auf 25 Mitgliedstaaten gewachsen.

Zwei Gesichtspunkte sprechen dafür, dass mit diesem Zuschnitt der Weg der Union zur politischen Handlungsfähigkeit (Bundesstaat, Vereinigte Staaten von Europa) bereits außerordentlich erschwert, wenn nicht sogar endgültig verbaut worden ist:

Das ist *erstens* eine zu große ökonomische Streuung: Diese nämlich ist nun um ein Vielfaches gewachsen. Im Nationalstaat europäischer Prägung hat aber die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse immer eine gewisse Rolle für den Zusammenhalt des Staatsvolkes gespielt. In Deutschland gab es dafür einen Finanzausgleich, der eine Umverteilung von ärmeren an reichere Bundesländer vornahm. In der EU sollte diese Rolle der Kohäsions- und der Strukturfonds übernehmen.

Wollte man auch in der Union_25 mit dem Kriterium der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse Ernst machen, müssten kaum tolerierbare Umverteilungsvorgänge eingeleitet werden.

Das ist *zweitens* die Grundhaltung gegenüber der Vision der politischen Handlungsfähigkeit.

Wir hatten oben bereits hervorgehoben, dass es sich schon bei der Union_12 nur scheinbar um einen homogenen Block von Ländern gehandelt hat. Inzwischen ist noch deutlicher geworden, dass es die Briten waren, denen von außen die Rolle eines trojanischen Pferdes innerhalb Europas angetragen worden ist.

Nunmehr ist der US Politik gelungen, diese Entwicklung auf eine noch breitere Grundlage zu stellen. Eine raffinierte Konfiguration ist erreicht.

Nun sind bereits mehrere trojanischer Pferde auszumachen. Keine Frage, dass Osteuropa in eine europäische Sicherungsgemeinschaft gehört. Aber in die EU sind nunmehr Staaten gekommen, die ganz offensichtlich die Obstruktionsrolle Großbritanniens weiter stärken sollen. Dazu gehört Polen, aber z. B. auch im Falle Tschechien steht dies zu befürchten.

Peter Glotz gibt das folgende Beispiel, das das Muster aufdeckt:

„Der heutige tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus hat mir gegenüber vor vielen Jahren gesagt: „Wir wollen so schnell wie möglich hinein, aber dann wollen wir Thatcher spielen“. Glotz schlussfolgert daraus: „Wir sind verrückt, immer mehr ‚Briten‘ in die EU zu holen. Wir integrieren Staaten, die gar nicht integriert werden wollen“ (Die EU ist schon jetzt zu groß; Die Tageszeitung, 23. Juni 2004).

Bei diesem Erweiterungsvolumen ist die Bewegung hin zu einer politisch handlungsfähigen europäischen Staatenkonstruktion bereits weit zurückgedrängt worden. Die Weichen werden anders gestellt:

Weg vom politisch handlungsfähigen Block, hin zum großen einheitlichen Markt, hin zu einer Art Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft (von der EU zur EWSG).

Die Union ist gezielt strategisch so überdehnt worden, dass es immer schwerer zu sehen ist, wie sie noch einen politischen Machtblock darstellen will.

Die Finanzwelt hat sich erneut durchgesetzt.

Offen benannt wurde 1989 als neues Ausgangziel des europäischen Projektes die Vereinigung des ganzen Kontinents.

Verdeckt gemeint war mit diesem Aspekt gerade auch die Sicherung des strategischen Vorfeldes der USA .

Geschickt verknüpft wurde damit das eigentliche Ziel transportiert, die Sicherung von Global Governance mit der heute existierenden Finanzarchitektur an der Spitze.

Die Rede des deutschen Außenministers in der Humboldt-Universität

Vor dem Hintergrund dieses Entwicklungsmusters ist noch einmal auf die bedeutungsvolle außenpolitische Rede des Außenministers in der Humboldt-Universität im Frühjahr 2000 zurückkommen. Noch dort hatte Joschka Fischer das Ziel so gesetzt: Volle Integration hin zu einer EU-Föderation mit Parlament, Regierung und Verfassung.

Mutig ist, wenn ein professioneller Politiker dieses Ziel ein volles Jahrzehnt nach der Offenlegung der Agenda von 1989 erneut vorzugeben wagt. Zwei Versionen könnten zur Erklärung herangezogen werden:

(a) Eine strategische Version würde behaupten, dass ein letzter Versuch der Europäer gewagt werden musste, den Fall des Eisernen Vorhangs erneut für den europäischen Weg zu einer handlungsfähigen Staatengemeinschaft zu nutzen.

(b) Eine taktische Version würde davon ausgehen, die EU mündete gerade in die eigentliche Phase der großen Erweiterung um zehn Mitglieder, die eine erregte Debatte in der Öffentlichkeit erwarten ließ. Es bot sich also an, die Vision noch einmal zu beleben, um das Signal zu geben, nichts Wesentliches würde sich am ursprünglichen Weg der Gründungsväter ändern.

Den Wahrscheinlichkeitsgrad von (a) und (b) mag der Leser an der folgenden Aussage messen: Nur vier Jahre später, als der Beitritt vollzogen war, stellt der Außenminister fest, er würde „heute diese Grundsatzrede in allen Teilen anders halten“.

Quelle: *MacroAnalyst.de*

Seit 2004 hat Europa nunmehr bereits die Form einer Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft von 25 Staaten mit 455 Mio. Verbrauchern; das ist bereits jetzt der weltweit größte einheitliche Markt.

Es soll keineswegs vergessen werden, dass diese Wirtschaftsgemeinschaft mit zwei zusätzlichen Säulen ausgestattet ist, der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ und der „Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik“. Das ist zwar eine funktionale und perspektivische Anreicherung, macht sie aber nicht zur politisch handlungsfähigen Union.

Zu diesem Zeitpunkt stellt sich die Frage, wohin sich diese Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft entwickeln wird, wenn die bisher erfolgreichen Akteure sich weiter durchsetzen sollten. Wohin würde eine Trendverlängerung führen, wenn dem europäischen Bürgertum keine Korrektur gelingt? Wie groß soll der einheitliche Markt noch werden?

Um welche Ziele es eigentlich geht, formuliert Global Governance heute ganz offen: „Mit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union wird in den europäischen Staaten das Zeitalter der Realität beginnen. Ein solcher Schock ist auch nötig, um strukturelle Reformen anzustoßen“ (John Llewellyn, Chefökonom von Lehman Brothers; FAZ-Interview vom 14. Feb. 2006).

Zu erkennen ist ein Masterplan der treibenden Globalisierungsakteure, der für die weitere europäische Entwicklung zwei weitere Hebel vorsieht.

Hebel 3: Die Entgrenzung des europäischen Aktionsfeldes

Nunmehr steht die Weiterführung der bereits eingeleiteten Überdehnung ganz oben auf der Agenda: Die Entgrenzung Europas.

Mitten in ihrem Transformationsprozess erscheinen die Europäer übermäßig anfällig für Eingriffe von außen. Diese Schwäche ist schon 1989 gezielt genutzt worden.

Die USA und ihren verbündeten europäischen Interessengruppierungen haben damals die erste Runde der „strategische Überdehnung“ der EU durchgesetzt. Nachdem der Damm erst einmal gebrochen ist, soll jetzt dieser Erweiterungsprozess noch weiter vorangetrieben werden. Die Erweiterungsplanung sieht zwei Kreise vor:

Bereits eingeplante Erweiterungen:

Bulgarien und Rumänien werden voraussichtlich ab 2007 beitreten.

Mit der Türkei sind die Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 auch formal eröffnet worden.

Darüber hinausgehende Erweiterungen werden bereits propagiert.

Genannt werden:

Die Balkanerweiterung (um Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien);

Moldawien;

Und: „Gewährt man der Türkei eine eindeutige Beitrittsoption, werden sich langfristig auch einige ihrer Nachbarstaaten (z.B. Armenien) oder auch andere Staaten der Kaukasusregion berechnete Hoffnungen auf eine EU-Mitglied- oder Partnerschaft machen (Gunter Deuber, Dresdner Osteuropa-Institut).

Nach der Abstimmung in Frankreich, gehen die Beteiligten im Moment zwar vorsichtiger vor.

Es ist aber daran zu erinnern, dass bereits so weitreichende Erweiterungen ins Spiel gebracht wurden wie: Die Ukraine - und sogar Israel und Palästina.

Nach 1989 stand also im Oktober 2005 ein weiterer spektakulärer Wendepunkt auf der Tagesordnung, der Fall Türkei.

Mit diesem Beitritt würde das europäische Aktionsfeld dann auch geografisch entgrenzt. Dieses Land lehnt sich zudem politisch eng an Amerika an und mit seinem Beitritt soll die ursprüngliche europäische Vision endgültig zunichte gemacht werden.

Mit dieser Überdehnung und Entgrenzung ist ein Bundesstaat endgültig nicht mehr herzustellen. Der noch größere einheitliche Markt wird an die Stelle des politisch handlungsfähigen Blocks gesetzt.

Vorrangiger Zweck dieser Veranstaltung ist die Zerstörung einer selbständigen politischen Steuerungskapazität der Europäer. Europa übernimmt in dieser Hinsicht eine weltweite Pionierrolle.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu stand das Vortreiben einer europäischen „Verfassung“. Der Begriff war irreführend gewählt, er sollte Handlungsfähigkeit suggerieren.

Im Verfassungsvertrag gab es aber weder grundlegende Zielsetzungen, wie: Wo sind die Grenzen der EU? Welche Art von Staatsgebilde soll am Ende stehen? Wie sieht die „Finalität“ der Gemeinschaft aus?.

Noch „etabliert er die Entscheidungsmechanismen, die die Handlungsfähigkeit dieses Gemeinwesens sicherstellen“; „das vermag der europäische Verfassungsvertrag für ein derart vergrößertes Europa nicht zu leisten“ (Ralph Alexander Lorz, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf).

„Zweifellos enthalten die die Union konstituierenden Verträge und der Verfassungsvertrag zentrale Elemente einer Verfassung (Christine Langenfeld, Zeitschrift für Rechtspolitik, Nr. 3/2005).

Die *zusammenfassende Bewertung*, insbesondere eine auf der Zeitachse der europäischen Integration in Global Governance vorgenommene, kommt aber zum Ergebnis: Es handelt sich nicht um eine Verfassung, sondern dieser Vertrag hat lediglich „die Rechtsnatur eines völkerrechtlichen Vertrages und unterliegt damit dem gewöhnlichen Ratifizierungsverfahren wie die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza“ (Thomas Schmitz, Universität Göttingen).

EU wechselt ihren Charakter

Wenn davon die Rede ist, die europäische Integration habe in den letzten zehn bis 15 Jahren eine Richtung erhalten, „die auf eine *politische Union*“ ziele (Ernst-Wolfgang Böckenförde), so steht dies nicht im Widerspruch zum roten Faden unserer Ausarbeitung.

Unter dieser Politik-Dimension versteht Böckenförde folgendes:

„Wie jüngste Äußerungen des EU-Kommissars Verheugen, von Bundeskanzler Schröder und von Außenminister Fischer zeigen, wird unter dem Eindruck des 11. September 2001 ein neues Strategiekonzept für die EU verfolgt, das – ohne weitere Diskussion – die Finalité der europäischen Integration nachhaltig verändert.“

Nunmehr ist die Frage des endgültigen Platzes der Türkei in Europa eine sicherheitspolitische Frage, und zwar, wie Verheugen sagt, ganz und gar. Die EU übernimmt eine fortentwickelte und erweiterte Sicherheitsfunktion in Ergänzung zur Nato und soll, selbständig oder eingefügt in das Weltvorherrschaftskonzept der Vereinigten Staaten, ein weltpolitischer Akteur werden. Dieses Konzept bedeutet einen folgenreichen Strategie- und Finalitätswechsel für die Integration, übrigens zum dritten Mal in ihrer Geschichte“.

Der Unterschied zu *MacroAnalyst* liegt also im Definitiven.

Böckenförde stellt unter „politischer Union“ den Wechsel zur Sicherheitsgemeinschaft heraus. *MacroAnalyst* stellt hingegen auf die politische Handlungsfähigkeit der EU ab, wobei Handlungsfähigkeit im Sinne der Aktionsmöglichkeiten eines Bundesstaates gemeint ist.

MacroAnalyst sieht so gesehen keinen fundamentalen Strategiewechsel seit 1957, sondern lediglich die Aufdeckung einer hidden agenda in 1989.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, Bundesverfassungsrichter a. D.: Nein zum Beitritt der Türkei;
FAZ v. 10. Dezember 2004

Hebel_4: Die Sprengung des Währungsraumes?

Zusätzlich wird von außen versucht, das Fundament des Euro zu unterminieren bzw. direkt zu gefährden.

Freihandelszone statt handlungsfähigem Bundesstaat - Ziel dieser Entmündigung ist auch die schleichende Unterminierung des politischen Fundamentes der Währung. Direkte Attacken gegen die Einführung des EURO in den 90ern - dies konnte von den Europäern gerade noch einmal abgewehrt werden.

Beides wirft die Frage nach den Überlebenschancen der europäischen Währung auf.

Das klassische Währungssystem bedarf des Staates. Er baut das Fundament des Währungs- und Geldsystems und wacht mittels eines vom Staat etablierten Zentralbanksystems über die Geldwertstabilität.

Die Euro-Zone war bisher die homogenste Formation unter den großen europäischen Gruppierungen. Sie stellt zwar noch immer einen potentiellen Machtblock dar.

Dazu bedürfte es aber energischer Anstrengungen des europäischen Bürgertums. Einstweilen sind diese Anstrengungen nicht auszumachen.

Diese lethargische Haltung jedoch birgt ein weiteres großes Risiko.

Die neuen Mitgliedstaaten werden, trotz relativ inhomogener Wirtschaftsstrukturen nach einer kurzen Übergangszeit auch Mitglied in der Euro-Zone sein.

Einführung des Euro

“Für einen Euro-Beitritt der neuen Mitgliedstaaten ist es erforderlich, dass sie die Maastricht-Kriterien erfüllen und damit auch mindestens zwei Jahre lang am Wechselkursmechanismus teilgenommen haben.

Die Einführung des Euro in den neuen Mitgliedstaaten ist somit der Endpunkt eines mehrstufigen Konvergenzprozesses und wird auch für die am weitesten fortgeschrittenen Länder *nur mittelfristig* erreicht werden“.

Quelle: Auswärtiges Amt, Website, 2004

Die vom AA angesprochene und zur Beruhigung gedachte „Mittelfristigkeit“ hat die EU-Kommission inzwischen konkretisiert:

Der Euro könnte in Estland, Litauen und Slowenien weitaus früher eingeführt werden als ursprünglich erwartet. Diese drei Länder gehören bereits dem Europäischen Wechselkursmechanismus (ERM-2) an, der Voraussetzung dafür ist, dass ein Land den Euro übernehmen kann.

Slowenien hat inzwischen als erster der osteuropäischen Staaten offiziell bei der EU den Antrag auf Aufnahme in die Währungsunion gestellt. Es will den EURO zum 1. Januar 2007 einführen.

Größere Länder wie Polen oder Ungarn können dann die Währung 2010 übernehmen.

Wenn jedoch die neuen Mitgliedsländer erst einmal mit dem Euro ausgestattet sind, woher soll dann noch die politische Kraft genommen werden, um den Euro bei den potentiellen weiteren 15 Kandidaten nicht einzuführen?

Wer aber soll dann das Fundament für die Währung von 25 oder schließlich sogar 40 (dann sehr inhomogenen) Staaten gießen? Etwa eine EU als Freihandelszone ohne verfassungsrechtliche Grundlage?

Schon bei EURO_12 kommen die Fälle hoch, wo die Kriterien zum Beitritt der Währung erschwandelt wurden. Schon bei EURO_12 ist es ausgesprochen schwierig, die semi-autonomen Schwergewichte auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu verpflichten.

Worin soll die Rationalität dieser Bewegung noch liegen?

Wenn die Spitze der europäischen politischen Klasse diese drei Fragen nicht beantwortet kann – müssen wir dann am Ende auf David Friedman zurückgreifen?

Führt die perspektivische Verlängerung dieser Bewegungsrichtung nicht zu einer Privatisierung der Währung, z. B. unter der Führung von Global Governance? (Paul Volcker, Robert Mundell, Einführung einer Weltwährung).

Wer erklärt dem europäischen Bürgertum noch, wie in einem solchen Regime seine Interessen gewahrt werden sollen?

III. Entmachtung und Entmündigung Europas

Der europäische Einigungsprozess ist uns europäischen Bürgerinnen und Bürgern aus der Hand geglitten. Zu lange haben wir geglaubt, die politische Klasse würde ihre Politik immer noch an der Verfolgung der visionären Zielsetzung eines europäischen Bundesstaates ausrichten. Wir haben 60 Jahre lang die ‚hidden agenda‘ nicht erkannt.

Tatsächlich haben die Kräfte, die die Globalisierung vorantreiben, Europa in eine ganz andere Richtung gesteuert. Europa wurde bereits überdehnt und soll nun auch noch entgrenzt werden. Vision und Realität zeigen in zwei unterschiedliche Richtungen - statt eines demokratischen Bundesstaates haben die Europäer ein demokratiefernes Gebilde bekommen, das fälschlicherweise immer wieder als Freihandelszone, bestenfalls als „gehobenen Freihandelszone“ (Jean-Claude Juncker) bezeichnet wird.

Gerne werden in der Europa-Debatte Begriffe benutzt, die unbestimmt („Vertiefung“) oder gar überhaupt nicht zutreffend sind. Häufig zieht dieser kreative Sprachgebrauch Scheindebatten nach sich.

Unmittelbar nach dem Scheitern des Europa-Gipfels im Juni 2005 fütterte Jean-Claude Juncker, der amtierende Ratspräsident, die Diskussion mit einer solchen Scheinalternative: Es ginge nun um die Frage „Freihandelszone oder Politische Union“. Bundeskanzler Schröder nahm diesen Ball sofort auf: „Wir brauchen die Politische Union“.

Wie ungenau diese Abgrenzungen sind, demonstrierte Tony Blair mit seiner Klarstellung, selbstverständlich sei auch er für eine politische Union und gegen ein Europa in der Form einer Freihandelszone.

Um eine Freihandelszone geht es in Europa aber schon lange nicht mehr.

Freihandelszone?

In der Regel handelt es sich bei Freihandelszonen um Zusammenschlüsse mehrerer Länder, in denen Zölle und Handelshemmnisse abgeschafft werden (NAFTA - North American Free Trade Agreement). Die Nationen bleiben jedoch autonom und behalten z. B. ihre Zolltarife gegenüber Drittstaaten bei.

Die Europäer sind auf ihrem Weg von der EWG zur EU erheblich über diese Konstruktion hinausgegangen. Sie haben 60 – 80 % der wichtigsten Teile ihres Rechts an die Union abgegeben, so gesehen können sie heute lediglich noch 40 – 20 % ihres Rechts autonom setzen.

Da die EU selbst jedoch einerseits keine demokratische Staatsstruktur aufweist, andererseits parallel zur NATO in ein westliches Sicherheitskonzept eingebunden wurde, handelt es sich um eine Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft. Sie ist auf dem Wege zur ersten umfassenden Governance-Zone der Geschichte.

Quelle: MacroAnalyst.de

Eine zentraler Ansatzpunkt für die Vereinigung Europas nach dem II. Weltkrieg war die Friedensehnsucht der europäischen Völker. Es bot sich daher an, an diesem Ziel den Hebel anzusetzen, den Europäern die Übersteuerung schmackhaft zu machen. Am Beispiel eines Beitritts der Türkei wurde bereits erwähnt, wie hier friedenspolitische Überlegungen in den Vordergrund der Begründung gerückt worden sind (Verheugen).

Dass eine Strategie zur Sicherung des Friedens auch ins Zentrum des europäischen Interesses gehört, ist nicht die Frage. Aber dass dafür – bei paralleler Entwicklung der NATO – die Vision des europäischen Bundesstaates geopfert werden musste, ist reichlich vordergründig.



Diese Fehlentwicklung Europas zeitigt ein doppeltes Ergebnis: (Grafik auf der nächsten Seite)

Ergebnis_1: Die schleichende Entmachtung der europäischen Nationalstaaten

Die europäischen Nationen verlieren im Rahmen der *globalen* Umformung an Einfluss und Macht. „Die Vernetzung der Staaten hat jedenfalls die Entstehung einer eigenständigen internationalen Handlungsebene zur Folge, die dem Einfluss des einzelnen Staates weitgehend entzogen ist“ (Hans.H. Klein; Bundesverfassungsrichter a.D.). Dies bedeutet zugleich, dass diese Handlungsebene demokratischem Einfluss weitgehend entzogen ist. Global Governance übernimmt die eigentliche Steuerung der Globalisierung.

Soweit dieser Machttransfer an supranationale Organisationen auf *globaler* Ebene stattfindet, unterscheiden sich die europäischen Nationen zwar nicht von allen anderen Nationen auch. Das ist schon wenig tröstlich.

Zusätzlich aber treten die europäischen Nationalstaaten nationale staatliche Kompetenzen an supranationale *europäische* Institutionen (Brüssel) ab.

Nun ist es jedoch den globalen Kräften bisher gelungen, die europäische politische Klasse dazu zu bewegen, diesen europäischen Institutionen die originäre Verfassung eines Bundesstaates vorzuenthalten (das Verfassungswerk von 2005 war keine Verfassung, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag zur Steuerung der EU). Damit gelang es Global Governance, die eigentliche Steuerung von European Governance zu übernehmen.

Die Rolle der Europäische Kommission besteht nicht darin, die demokratisch formulierten Interessen der europäischen Bürger umzusetzen. Ihre vorrangige Aufgabe ist vielmehr, die globalen Vorgaben aus der Weltebene umzusetzen.

Dies zieht eine erste gravierende Einbuße an politischer Macht für Europa nach sich.

Ergebnis_2: Die Entmündigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger

Der Machttransfer der letzten 50 Jahre hat zu einer stark veränderten Machtverteilung geführt: Die supranationalen Ebenen haben an Macht hinzugewonnen, die nationalen Ebenen haben sie abgegeben.

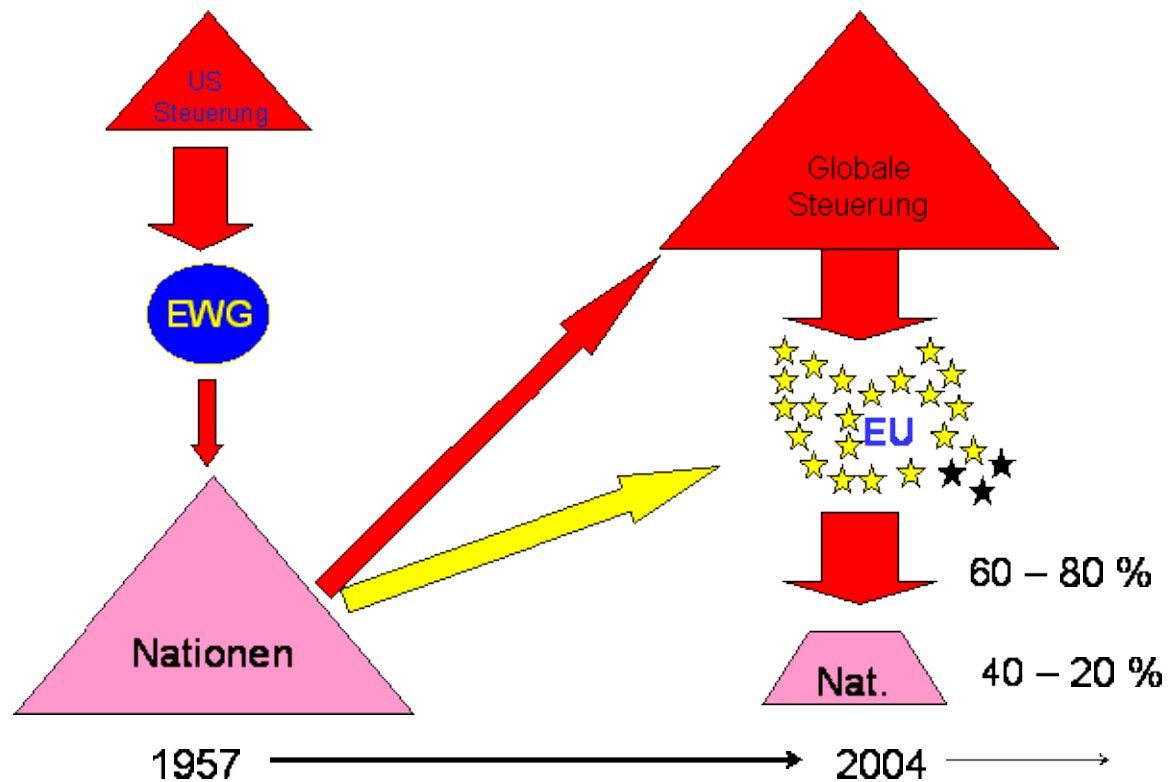
Hätte die EU eine echte Verfassung und würden alle ihre Organe demokratisch gewählt, dann wäre eingetreten, was mit der Vision von 1957 beabsichtigt war. Die Bürger hätten nationale Machtbefugnisse an eine europäische Regierung abgegeben. Sie hätten oben hinzugewonnen, was sie unten abgegeben hätten. Es hätte eine Gegenbuchung in der Machtbilanz gegeben.

Dieser neue Machtzuschnitt ist nun aber 50 Jahre lang gerade verhindert worden.

Die EU wurde zu einer solch „eigenständigen internationalen Handlungsebene, die dem Einfluss des einzelnen Staates weitgehend entzogen ist“ (H. H. Klein).

Still und leise wurde die Demokratie abgebaut

- Das Bleichen der Volkssouveränität -



EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EU = Europäische Union, derzeit eine Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft (EWSG),

Quelle: *MacroAnalyst.de*

Der Ministerrat wird von Jahr zu Jahr stärker in die Vorgaben von Global Governance eingebunden. Das Parlament konnte in den vergangenen 50 Jahren Kommentare abgeben, aber keine Vorgaben machen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist im System ein verschwindend geringer demokratischer Einfluss vorgesehen.

Diese Struktur des heutigen Gefüges wird im Teil II im einzelnen geprüft.

Was die Nationalstaaten an Macht nach oben transferieren, wird dem demokratischen Einfluss seiner Bürger endgültig entzogen. Das ist ein Nettoabfluss an demokratischem Einfluss.

Und dieser Abschöpfungsprozess ist weit gediehen.

60 – 80 % des nationalen Rechts

Schon 1988 hat der Kommissionspräsident der EG festgestellt, 80 % des Wirtschaftsrechts und etwa 50 % aller deutschen Gesetze seien durch europäisches Recht veranlasst.

(Holger Spreen, Wachsende Zuständigkeiten von Bund und EU; Zeitschrift für Rechtspolitik, 2/2004).

„In Brüssel wird ein großer Teil der deutschen Innenpolitik entschieden: In vielen Politikfeldern gibt die EU mittlerweile mindestens 60 bis 80 Prozent des deutschen Rechts vor“.

(Friedrich von Heusinger, neuer Leiter der hessischen Vertretung in Brüssel; FAZ v. 31. Jan. 2006).

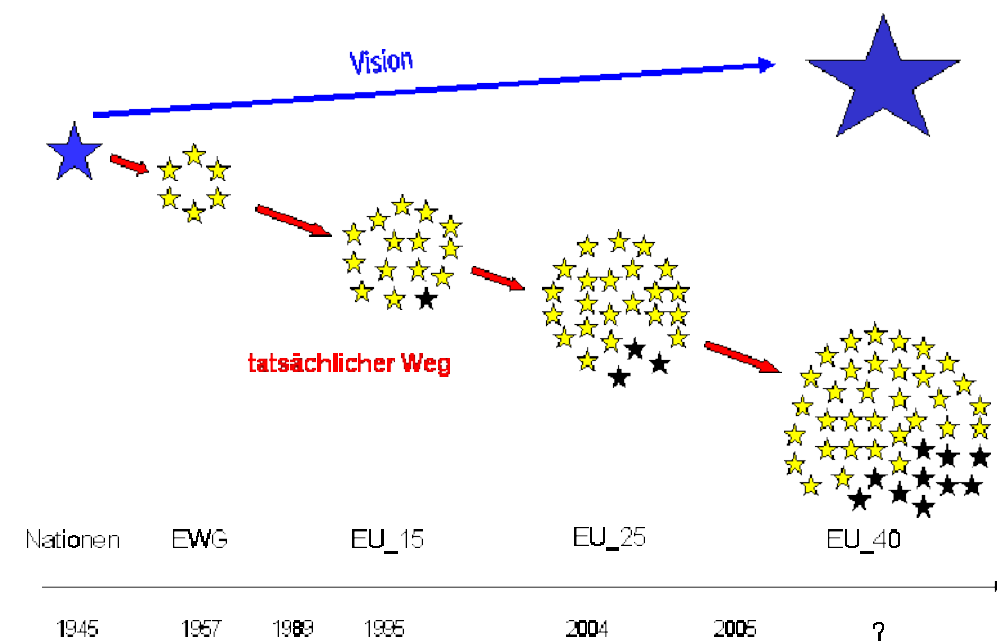
In Deutschland gibt es aber nur *ein* Recht.

Wenn 60 – 80 Prozent aus demokratiefernen Institutionen vorgegeben werden, bleiben den vom Volk gewählten Abgeordneten in den Parlamenten ganze 40 - 20 % an demokratischem Einfluss. Schleichend wird die Demokratie abgebaut.

Das ist die zweite gravierende Einbuße an politischer Macht für Europa.

Diese Entleerung des demokratischen Gefäßes ist im deutschen Grundgesetz nicht vorgesehen.

Vision und tatsächlicher Weg



Quelle: MacroAnalyst.de

Die bisherige Formierung Europas

Die Vision: Von einer Wirtschaftsgemeinschaft zum Bundesstaat

1957 Der Kern der Europäischen Union wird als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 6 Gründungsstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg) gegründet (EWG - Verträge von Rom).

1973 Erweiterung um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich

1981 Erweiterung um Griechenland

1986 Erweiterung um Spanien und Portugal

1995 Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden

1995 besteht die Union somit aus 15 Mitgliedern.

Die tatsächliche Entwicklung: Ausbau der EWG zu einem großen Markt

Von Anfang an dominierte eine Grundsatzposition der US Außenpolitik den europäischen Vereinigungsprozess: Kein Bundesstaat in Europa; stattdessen Zusammenschluss von immer mehr Ländern zu einem riesigen Markt mit lediglich Resten von demokratischer Steuerung.

1989, unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, kann diese Position offen verfolgt werden: Die größte Erweiterung in der Geschichte der Union wird eingeleitet. Der Zusammenbruch des Kommunismus bietet die Möglichkeit, der Neuordnung Europas nun offen die eigentlich anvisierte Richtung zu geben. Das Projekt einer politisch handlungsfähigen Union (Bundesstaat) verschwindet in der Versenkung. Die EU bietet den Ländern in Mittel- und Osteuropa die Perspektive eines Beitritts an.

Damit ist die Entwicklung zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum, der zugleich die Funktion einer Sicherheitsgemeinschaft im strategischen Vorfeld der USA wahrnimmt, eingeleitet.

1993 werden in Kopenhagen von den Staats- und Regierungschefs die Grundbedingungen für die Mitgliedschaft in der EU beschlossen.

1998 (am 31. März) werden Beitrittsverhandlungen mit sechs Bewerberstaaten eröffnet – Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

1999 (am 13. Oktober) empfiehlt die Kommission, Verhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakischen Republik und Rumänien zu beginnen. 2000 (am 15. Februar) beginnen Verhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakischen Republik und Rumänien.

2002 (Ende des Jahres) – nicht einmal 13 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges – haben die acht mittel- und osteuropäischen Länder ihre Verhandlungen abgeschlossen und sind – ebenso wie die beiden Mittelmeerinseln – für den Beitritt bereit.

(Die Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien können die Verhandlungen nicht rechtzeitig abschließen, so dass ihr Beitritt noch verschoben wird).

2004 (am 1. Mai) treten zehn neue Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) offiziell der EU bei. Damit wird die Union auf 25 Staaten erweitert. Der einheitliche Markt mit 455 Mio. Verbrauchern übernimmt zugleich die Funktion einer Sicherheitsgemeinschaft. Diese soll weit über Europa hinaus gehen.

Die künftige Formierung Europas

(Planungsstand Ende 2004, vor den Referenden in F und NL)

1. Bereits eingeplante Erweiterungen:

Bulgarien und Rumänien sind auf dem Wege zum Beitritt.

Bei zwei weiteren Kandidatenländern, der Türkei und Kroatien, werden die Beitrittsverhandlungen in Kürze eröffnet.

Außerdem prüft die Europäische Kommission den Beitrittsantrag der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien vom März 2004. Anschließend wird sie entscheiden, ob das Land die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt.

Quelle: EU Kommission und Auswärtiges Amt

2. Darüber hinausgehende Erweiterungen

werden bereits propagiert. Genannt werden:

Balkanerweiterung um Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro sowie Albanien;
Moldawien;

Gewährt man der Türkei eine eindeutige Beitrittsoption, werden sich langfristig auch einige ihrer Nachbarstaaten (z.B. Armenien) oder auch andere Staaten der Kaukasusregion „berechtigte“ Hoffnungen auf eine EU-Mitglied- oder Partnerschaft machen.

Quelle: Gunter Deuber, Dresdner Osteuropa-Institut

Inzwischen werden so weitreichende Erweiterungen ins Spiel gebracht wie:
Israel und Palästina

Quelle: Hanns W. Maul, Politologe, Universität Trier